

Polen

Kai-Olaf Lang

Am 10. Juli 2006 übernahm mit Jarosław Kaczyński der starke Mann der Regierungspartei Recht und Gerechtigkeit (PiS) das Amt des polnischen Premierministers. Kaczyński kündigte eine entschlossene, konsequent an den nationalen Interessen seines Landes ausgerichtete Außen- und Europapolitik an und wollte sich damit sichtbar von seinem Vorgänger und Parteikollegen Kazimierz Marcinkiewicz abgrenzen, der sich bald nach seiner Ernennung als europapolitischer Pragmatiker erwiesen hatte. In seinen ersten programmatischen Erklärungen hob Kaczyński insbesondere zwei Grundsatzziele hervor.¹ Zum einen dürfe Polen infolge der Reform der institutionellen Fundamente nicht aus den „realen“ Entscheidungsmechanismen der EU gedrängt werden. Hinter dieser kryptischen Formulierung verbarg sich die schon zuvor von Kaczyński mehrfach vorgetragene Ansage, man werde keine Neuformulierung des Entscheidungssystems im Rat akzeptieren, die Polens Status verschlechtere, also ein Abrücken von den im Nizza-Vertrag vorgesehenen Regelungen verhindern. Zum anderen brachte der neue Regierungschef zum Ausdruck, dass Polen dort, wo es seine historischen oder geopolitischen Besonderheiten erforderten, in der Lage sein müsse, „seine eigenen Entscheidungen zu treffen“. Souveränität werde man insbesondere in kulturellen Fragen und dann, wenn es um spezifische „Lebensgewohnheiten“ gehe, verteidigen.²

Gleichwohl machte Kaczyński deutlich, dass es ihm bei seinem europapolitischen Kurs nicht nur darum gehen würde, Polens Belange gegen eine angeblich interventionistische Union oder die Interessen rivalisierender Mitgliedstaaten zu „schützen“. Vielmehr unterstrich der PiS-Vorsitzende immer wieder die Modernisierungs- und Innovationspotentiale, die aus der polnischen EU-Mitgliedschaft resultieren. Typisch war dabei Kaczyńskis immer wieder vorgetragener Verweis auf die Brüsseler Transfers: Die Gelder seien eine zentrale Rahmenbedingung für eine Politik der Erneuerung, Polen dürfe daher die Chance, die diese massiven Zuflüsse bilden, nicht vergeben.³

Zweifelsohne war sich Kaczyński dessen bewusst, dass seine vollmundige Rhetorik in zahlreichen anderen europäischen Hauptstädten Bedenken auslösten. Daher war Polens Regierungschef bemüht, seinem Negativrenommee zumindest durch symbolische Akzentsetzungen entgegenzuwirken. So führte ihn seine erste Auslandsreise nach Brüssel, wo er etwa bei Gesprächen mit Kommissionschef und Parlamentspräsident heikle Themen ansprechen musste: so etwa sein Kokettieren mit der Todesstrafe, die Politik der polnischen Regierung gegenüber (sexuellen) Minderheiten oder Versuche, die Unabhängigkeit der Notenbank zu unterminieren.⁴ Zwar gelang es Kaczyński, einige der Vorwürfe zu relativieren, doch blieb der Kurztrip ohne Nachhaltigkeit.

1 Vgl. Expose premiera Jarosława Kaczyńskiego, 19.07.2006, www.kprm.gov.pl; Wystąpienie prezesa Rady Ministrów Jarosława Kaczyńskiego na konferencji prasowej, 04.08.2006, www.kprm.gov.pl.

2 Expose premiera Jarosława Kaczyńskiego, a.a.O.

3 Stenogram wystąpienia premiera Jarosława Kaczyńskiego na konwencji programowej Prawa i Sprawiedliwości w dniu 18 marca 2007 r., www.kprm.gov.pl; Wystąpienie Prezesa Rady Ministrów Jarosława Kaczyńskiego na konferencji prasowej, Warszawa, 04.08.2006, www.kprm.gov.pl.

4 Pierwsza wizyta premiera za granic, Rzeczpospolita, 31.08.2007.

Überdies hatte bereits ein im Zusammenhang mit dem Brüssel-Besuch erschienenenes Interview für Verwirrung sorgte. In diesem hatte sich Kaczyński dafür eingesetzt, das Agrarbudget der Union zugunsten einer Steigerung ihrer außenpolitischen Handlungsfähigkeit zu reduzieren und die EU zu einer Militärmacht aufzubauen.⁵ Nach heftiger innenpolitischer Kritik nicht zuletzt aus den Reihen der einflussreichen Bauernlobby distanzierte sich Kaczyński umgehend von diesem Vorschlag. Ähnliche Konfusion löste eine Initiative für die Schaffung einer 100.000-Soldaten starken europäischen Armee aus, über die Jarosław Kaczyński bei seinem Treffen mit der deutschen Bundeskanzlerin im Herbst 2006 gesprochen haben soll.⁶ Diese Truppe sollte dem Kommissionspräsidenten unterstehen und bei Kampfhandlungen von der NATO kommandiert werden. Während dieser Vorstoß vom Regierungschef dementiert wurde, bestätigte dessen Zwillingsbruder und Staatspräsident Lech Kaczyński die Existenz eines solchen Plans.

Weniger aus Imagegründen, sondern aus inhaltlichem Eigeninteresse blieb Warschau in einigen Politikfeldern ein weiterhin umtriebiger Akteur. Dies galt etwa für die Europäische Nachbarschaftspolitik, insbesondere die Beziehungen zur Ukraine (hier präsentierte Polen etwa ein Eckpunktepapier für ein künftiges vertieftes Abkommen EU-Ukraine). Und dies traf ebenso für die ESVP zu (Polen erklärte sich umgehend bereit, sein Engagement zur Befriedung des Libanon aufzustocken; Polens Verteidigungsminister Szczygło erklärte im Sommer 2007, sein Land sei willens, für einen eventuellen EU-Einsatz im Rahmen der internationalen Darfur-Mission 150 Soldaten in den Tschad und in die Zentralafrikanische Republik zu schicken). Auch auf dem Feld der Justiz- und Innenpolitik erwies sich Polen weiter als zuverlässiges Unionsmitglied (Mitwirkung in der G6-Gruppe; Interesse am Vertrag von Prüm). Überdies verfocht man kontinuierlich die Idee einer solidarischen Energiepolitik. Diese wurde zwar nicht durch spektakuläre Initiativen wie die „Energie-NATO“ abgestützt, doch im Zentrum stand weiterhin die Schaffung eines unionsinternen Mechanismus mit gegenseitiger Beistandsverpflichtung zur Überbrückung von Lieferkrisen.⁷

Dies alles stand jedoch im Schatten zweier europapolitischer Großthemen: des polnischen Vetos gegen die Erteilung eines Mandats für das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen (PKA) mit Russland, sowie des Warschauer Widerstands gegen die „doppelte Mehrheit“.

Der Fleischstreit mit Russland

Mitte November 2006 blockierte die polnische Regierung die Annahme eines Verhandlungsmandats für ein neues PKA der EU mit Russland. Hinter Polens Nein stand ein bilateraler Handelsstreit, der sich schon ein Jahr hingezogen hatte: Russland hatte Ende 2005 ein Importverbot für polnische Fleischprodukte verhängt und dies mit mangelnden hygienischen Standards begründet. Warschau konzidierte zwar Unregelmäßigkeiten, behauptete aber, zwischenzeitlich die Kontrollmechanismen ausreichend verbessert zu haben. Da sich keine Lösung des Konflikts abzeichnete, band Polen seine Zustimmung zu den Verhandlungsrichtlinien für das künftige PKA an die Aufhebung des Fleischembargos. Überdies forderte Warschau, Moskau müsse die EU-Russland Energiecharta ratifizieren.

Polens Nein fand zwar ein gewisses Verständnis in der EU-weiten Öffentlichkeit, doch wurde Polen insbesondere in Kreisen der Politik auch mit dem Vorwurf einer überzogenen

5 Polish premier: EU should be military power, *European Voice*, Vol. 12, No. 31 – 31 August 2006.

6 Poland proposes an EU army tied to Nato, *Financial Times*, 05.11.2006.

7 Premier spotka sie w Brukseli z unijnymi komisarzami, Meldung der Nachrichtenagentur PAP (nachfolgend PAP), 17.04.2007.

Reaktion konfrontiert. Ganz anders nahm man den Sachverhalt in Warschau wahr. Dort wurde das russische Embargo als politisches Manöver interpretiert, bei dem der Zusammenhalt in der EU ausgetestet und die Mitgliedstaaten auseinanderdividiert werden sollten. Insofern versuchte Polen durch den Hebel des Vetos, seinen bilateralen Konflikt mit Russland zu „europäisieren“ und gleichsam die Unterstützung der Union zu forcieren.

Große Hoffnungen setzte Polen in das Verhandlungsgeschick der deutschen Ratspräsidentschaft. Die traditionell engen Kontakte zu Russland schienen günstige Voraussetzungen für eine Überwindung der Pattsituation darzustellen. Tatsächlich thematisierte der deutsche Vorsitz denn auch bei seinen Gesprächen mit Russland mehrmals das „Fleischproblem“. Da parallel hierzu die Kommission mit Russland in intensivem Austausch stand, häuften sich Anfang 2007 die Anzeichen, dass es zu einer Einigung kommen könnte. So begannen etwa im Februar veterinärmedizinische und phytosanitäre Kontrollen russischer Experten in Polen.⁸ Diese blieben jedoch ebenso wie die darauf folgenden Gespräche zwischen dem Kommissar für Gesundheit und Verbraucherschutz und dem russischen Landwirtschaftsminister ergebnislos.

So stand der am 18. Mai 2007 in der Wolgastadt Samara abgehaltene EU-Russland-Gipfel im Zeichen des Fleischkonflikts. Obwohl auch dieses Treffen keine Fortschritte brachte und Polens Außenministerin Fotyga moniert hatte, dass die EU die Interessen ihrer Mitglieder gegenüber Russland nicht ausreichend verteidige,⁹ zog man in Polen eine positive Bilanz. Vor allem der Umstand, dass Kommissionschef und Kanzlerin bekräftigten, dass sie die Embargofrage nicht als bilaterale, sondern EU-russische Thematik ansahen, wurde als polnischer Erfolg und Ausdruck einer neuen Solidarität begrüßt.¹⁰

Insgesamt sah sich Polen darin bestätigt, durch eine „harte“ Politik die Solidarität der EU zu erzwingen, um so eine einheitliche Position gegenüber Russland herbeizuführen. Die Ankündigung, Russland durch ein weiteres polnisch-europäisches Veto den Weg in die WTO zu versperrern,¹¹ verdeutlicht, dass Warschau weiterhin an diesem Ansatz festhalten wird.

Der Konflikt um den Verfassungsvertrag

Die Kaczyński-Zwillinge hatten niemals ein Hehl aus ihrer Ablehnung des Verfassungsvertrags gemacht. Nicht zuletzt hatten sie bei allen Reflexionen über die Überwindung der „Verfassungskrise“ gleichsam eine rote Linie formuliert: Die Einführung der „doppelten Mehrheit“ in der im Vertragsentwurf vorgesehenen Form werde es mit Polen nicht geben.¹² Die Bemühungen um eine Lösung der Pattsituation in Sachen Grundlagenvertrag sah Polen daher nicht als Manöver zur Rettung der politischen Substanz des Verfassungsvertrags, sondern als Möglichkeit, grundlegende Korrekturen herbeizuführen und insbesondere das Beschlussverfahren im Rat zu modifizieren.

So wurden im Vorfeld und während der deutschen Ratspräsidentschaft von polnischer Seite viele altbekannte Argumente gegen die „doppelte Mehrheit“ vorgebracht. Neu war

8 Russland wollte einen zuvor von Fachleuten der Kommission erstellten Bericht nicht akzeptieren. In diesem war Polen attestiert worden, dass es mittlerweile alle erforderlichen Normen erfülle.

9 Fotyga: Bruksela za slabo broni interesow nowych czlonkow, Rzeczpospolita, 15.05.2007.

10 Vgl. Tusk: dobrze, że UE broni swoich członków, PAP, 18.05.2007; Kuchciski o szczycie UE-Rosja: postawilimy na swoim, PAP, 18.05.2007.

11 L. Kaczyński: UE może zablokować wejście Rosji do WTO, PAP, 27.05.2007.

12 Überdies konkretisierte die polnische Regierung im Lauf der deutschen Präsidentschaft weitere Forderungen. So wollte man in einer eventuellen Präambel die Bezugnahme auf christliche Werte verankert wissen, lehnte man die Ausdehnung von Mehrheitsentscheidungen und das Amt eines europäischen Außenministers ab.

dabei im Prinzip nur ein Aspekt, der auf Polens Geschichte abhob: Ein starke Stellung im EU-Institutionengefüge sei eine Art „polnischer historischer Rabatt“, da Polen 50 Jahre unverschuldet nicht an der europäischen Integration habe teilnehmen können.¹³ Noch weiter ging Premier Kaczyński, der unmittelbar vor dem Juni-Gipfel der Staats- und Regierungschefs Polens Kriegsopfer und die daraus resultierende demographische Entwicklung als Argument gegen einen stark an Bevölkerungskriterien orientierten Entscheidungsmechanismus anführte.

Natürlich hatte man auch in Warschau erkannt, dass es äußerst schwierig werden würde, eine Umformung des Beschlussfassungsmodells für Ratsentscheidungen zu erreichen. Die proeuropäische Opposition setzte sich daher für eine flexiblere Haltung ein. So kam aus der konservativen Bürgerplattform der Vorschlag, Polen solle sich vor allem für eine effiziente und solidarische europäische Energiepolitik einsetzen und dafür die Parole „Nizza oder der Tod!“ aufgeben.¹⁴ Diesen Schritt wollte die Regierung nicht machen, sandte aber im Laufe des Frühjahrs vereinzelt moderatere Signale aus. So sprach Außenministerin Fotyga davon, sie könne durchaus mit dem Begriff „Verfassungsvertrag“ leben. Während des „Klimagipfels“ im März akzeptierte Staatspräsident Lech Kaczyński das von der deutschen Präsidentschaft anvisierte Ziel zur CO₂-Reduktion. Kaczyński wollte eigenem Dafürhalten nach zeigen, dass Polen ein konstruktiver Akteur ist und die EU auch ohne den Verfassungsvertrag funktioniert.¹⁵ Im Zusammenhang mit der Verabschiedung der Berliner Erklärung hatte Polens Präsident angekündigt, man werde das Dokument trotz einiger Vorbehalte unterzeichnen, da man nicht als einziges Mitgliedsland opponieren könne.¹⁶

Eine leichte Verschiebung gab es auch in der eigentlichen Sachfrage. So akzeptierte man den bestehenden Vertragsentwurf als Grundlage für die weiteren Verhandlungen. Zwar wurde vom Regierungslager weiter betont, man wolle die doppelte Mehrheit nicht, jedoch müsse man nicht „krampfhaft“ am Nizza-Vertrag festhalten, wenn Lösungen gefunden würde, die Polen ähnliche Kontrollmöglichkeiten garantierten.¹⁷ Eine solche Alternative sollte das von der polnischen Regierung offiziell lancierte Quadratwurzelsystem sein, das das Bevölkerungskriterium im Abstimmungsverfahren auf Kosten der großen Staaten ausformen würde.¹⁸ Auch wenn Polen in dieser Frage wenig Unterstützung von anderen Partnern erfuhr, wähnte sich die Warschauer Regierung keineswegs isoliert. So meinte man auf die Hilfe Prags zählen zu können und hoffte, dass sich andere Länder während der heißen Phase der Verhandlungen dem polnischen Standpunkt anschließen könnten.

Obwohl vielfach damit gerechnet wurde, dass Polen den Einstieg in die doppelte Mehrheit um jeden Preis verhindern wollte, kam es auf dem entscheidenden Gipfel in den Morgenstunden des 23. Juni zu einer Einigung. Nach der Drohung, das Verhandlungsmandat für die Regierungskonferenz auch ohne Polen auf den Weg zu bringen, lenkte Warschau ein und konnte die Anwendung der doppelten Mehrheit faktisch bis 2017 hinauszögern. Das geplante Bekenntnis zur Energiesolidarität lag ebenfalls in polnischem Sinne, wenn dieses Postulat auch nicht allein aufgrund polnischer Aktivitäten Berücksichtigung fand.

13 So Marek Cichocki, einer der beiden Regierungsbeauftragten für den Verfassungsvertrag, *Pierwastek albo smierc*, *Gazeta Wyborcza*, 29.03.2007.

14 Vgl. PO: *musimy porwac Europe*, Mitteilung über die Sitzung des Landesrats der PO vom 17.02.2007, www.platforma.org.

15 *Najpierw wymienimy zarowki*, *Rzeczpospolita*, 10.03.2007.

16 Polen konnte vor allem die Aufnahme einer Passage über die Verdienste der ostmitteleuropäischen Nationen für die Einigung Europas einen Erfolg erzielen.

17 So der PiS-Europaabgeordnete Konrad Szymaski, *Mala reforma zamiast europejskiej konstytucji*, *Rzeczpospolita*, 08.03.2007.

18 Einzelheiten: *System rownego wplywu. Polska propozycja definicji wickszosci kwalifikowanej*, www.ukie.gov.pl.

Da schon unmittelbar nach dem Gipfel einige Formulierungen von der polnischen Regierung angezweifelt wurden (konkret ging es um die Modalitäten des Ioannina-Kompromisses), kamen erneut Zweifel auf, ob Polen den Kompromiss tragen würde. Es bedurfte daher mehrerer Erklärungen Warschaws, die klarstellten, dass Polen sämtliche Elemente des Verhandlungsmandats trägt.

Alte Herausforderungen, neue Probleme

Neben den beiden EU-weit brisanten Themen PKA-Veto und Verfassungsvertrag hatte sich Polen jedoch auch mit zahlreichen Herausforderungen der Mitgliedschaft in der Europäischen Union auseinanderzusetzen, die teils altbekannt waren, jedoch neue Aktualität erlangten.

Hierzu gehören etwa die Auswirkungen der massiven Arbeitsemigration. Während die polnische Regierung immer noch auf eine Verkürzung der Übergangsfrist für Arbeitnehmer in den Mitgliedsländern drängt, die ihren Arbeitsmarkt noch nicht geöffnet haben, hat Polens Volkswirtschaft mit der Kehrseite der bereits jetzt zu verbuchenden Auswanderungswelle zu kämpfen.¹⁹ Diese hat einerseits zum Rückgang der Arbeitslosenquote und zu Lohnsteigerungen beigetragen, andererseits jedoch schon zu Engpässen auf dem Arbeitsmarkt geführt. Experten entdramatisieren die Folgen der Arbeitsmigration, da dieses Phänomen nicht neu sei und der oft zitierte brain drain sich in Grenzen halte. Allerdings wird angemahnt, potentielle Rückkehrer zu ermutigen und eine aktive Immigrationspolitik zu initiieren.²⁰

Viel versprechend verlaufen die Anstrengungen, die Absorptionsfähigkeit für die 67 Mrd. Euro zu erhöhen, die Polen im Rahmen der Regionalpolitik (einschließlich ländlicher Strukturpolitik) bis 2013 zufließen sollen. Unter der Ägide der auch in der Opposition respektierten Ministerin für Regionalentwicklung Gešicka wurde der nationale strategische Rahmenplan für die Kohäsionspolitik finalisiert und von der Kommission akzeptiert.²¹ Der Schwerpunkt der 21 operationellen Programme liegt dabei auf Infrastrukturausbau und Lisbon-orientierten Innovationszielen.²² Auch wurden mehrere in diesem Zusammenhang bedeutende Gesetze unter Dach und Fach gebracht. In einer für den Ausschuss für Haushaltskontrolle des Europäischen Parlaments erstellten Studie wurden indes erhebliche Bedenken geäußert, ob eine effektive Umsetzung der Strukturfonds bis 2013 erwartet werden kann. Die Kritik bezog sich etwa auf den organisatorischen Rahmen oder die Personalausstattung.²³

Gleichzeitig entzündeten sich auch zwischen Sommer 2006 und Frühherbst 2007 zahlreiche Reibungsflächen zwischen Warschau und Brüssel. Ein Streitpunkt ist ein Fernstraßenbauvorhaben im ökologisch sensiblen Rospuda-Tal in Nordostpolen. Ein von der Kommission angestrebtes Vertragsverletzungsverfahren gegen die polnische Regierung führte im März 2007 zu einer Klage vor dem Europäischen Gerichtshof. Erst ein Eilantrag

19 Im Jahr 2006 haben nach Schätzungen des Instituts für Gesellschaftspolitik der Warschauer Universität etwa 900.000 Menschen aus Polen in einem Land der EU gearbeitet (In diese Zahl sind sowohl echte Auswanderer als auch Saisonkräfte eingeschlossen.), Polacy wroca z emigracji zarobkowej, PAP, 19.06.2006.

20 Duszczyk, Maciej/Jakub Winiewski: „Emigrowac i wracac”. Migracje zarobkowe Polakow po 1 maja 2004 r., Instytut Spraw Publicznych, Analizy i opinie, Nr. 66, September 2006, www.isp.org.pl.

21 Kohäsionspolitik 2007-2013: Kommission billigt Plan und Schwerpunkte für das größte Empfängerland Polen, Pressemitteilung der Kommission vom 08.05.2007.

22 Narodowe Strategiczne Ramy Odniesienia 2007-2013 (Narodowa Strategia Spójności), Dokument zaakceptowany decyzja Komisji Europejskiej zatwierdzajca pewne elementy Narodowych Strategicznych Ram Odniesienia Ministerstwo Rozwoju regionalnego, Warszawa, Mai 2007, www.fundusze-strukturalne.gov.pl.

23 The Structural Funds' Implementation in Poland. Challenges for 2007-2013, Studie für den Ausschuss für Haushaltskontrolle des Europäischen Parlaments, 31.07.2007.

verhinderte (vorläufig) die Wiederaufnahme der Baumaßnahmen (die während der Vogelbrutperiode eingestellt worden waren).

Zweifel löst auch das von der Warschauer Regierung weiterhin offen demonstrierte Desinteresse an einer raschen Eurozonenmitgliedschaft aus. Zwar will man die Maastrichtkriterien bis 2009 erfüllen, was einen Beitritt zur Euro-Zone frühestens 2011/2012 ermöglichen würde.²⁴ Allerdings wurde seitens der PiS-Regierung angekündigt, ein Referendum über den Zeitpunkt der Euro-Einführung abzuhalten.²⁵

Auf der Soll-Seite der europapolitischen Bilanz der Kaczyński-Administration muss überdies die schon notorische Kritik großer Teile der europäischen Öffentlichkeit an sozialkulturellen Akzentsetzungen der Regierung verbucht werden. Dabei erwies sich insbesondere der Koalitionspartner Liga der polnischen Familien (LPR) als Handicap. Nicht zuletzt antisemitische und homosexuellenkritische Äußerungen brachten immer wieder scharfe Rügen ein.

Derlei Querelen wurden ergänzt durch handfeste Interessenkonflikte, bei denen Polen seine Standpunkte mit großer Entschlossenheit verfocht. So sperrte sich die polnische Regierung Ende 2006 per Veto gegen die Ausweitung der Rückübernahmeverpflichtung von Gefängnisinsassen eigener Staatsangehörigkeit und setzte letztlich eine lange Übergangsfrist durch. Zu Kontroversen kam es auch über die Restrukturierung der Werftindustrie, genauer die Zukunft der Danziger Werft. Die Kommission fordert eine merkliche Reduktion der Produktionskapazitäten, was von polnischer Seite als Existenz gefährdend angesehen wird.²⁶

Die Europapolitik der Regierung Kaczyński

Mit der Regierungsübernahme durch Jarosław Kaczyński rückte Polen vom sachlichen Kurs ab, den noch sein Vorgänger Marcinkiewicz verfolgt hatte. Die grundsätzlichen Schwächen der PiS-Regierungen, nämlich außenpolitische Unberechenbarkeit, Ideologisierung und mangelnde Expertise in europäischen Fragen schlugen nun vermehrt durch. Dazu kam eine anhaltende Verschlechterung der deutsch-polnischen Beziehungen, die durch einzelne Erfolge im bilateralen Bereich (etwa die enge Zusammenarbeit mit Litauen oder die verbale Wiederbelebung des Verhältnisses zu Frankreich) nicht kompensiert werden konnte. Überdies belasteten innenpolitische Faktoren die polnische Europapolitik – so etwa das unsichere Koalitionsgefüge, die Präsenz der LPR im Regierungsbündnis oder Versuche, die Opposition, insbesondere die Bürgerplattform, als nachgiebig und „EU-enthusiastisch“ zu diskreditieren. Trotz einer explizit europafreundlichen Öffentlichkeit und trotz eines ungebrochenen Engagements in wichtigen europäischen Politikfeldern, bewegte sich Polens Regierung durch ihre „assertive“ Europapolitik daher weiter weg vom Gestaltungszentrum der EU.

Weiterführende Literatur

Kaczyński, Piotr Maciej: Polish Dilemmas on the New European Union Treaty, Institute for Public Affairs, Analyses and Opinions, No. 76, 06/2007, www.isp.org.pl.

The Structural Funds' Implementation in Poland. Challenges for 2007-2013, Studie für den Ausschuss für Haushaltskontrolle des Europäischen Parlaments, 31.07.2007.

24 Dieser Fahrplan wird auch in Fachkreisen als realistisch angesehen; vgl. Bank Austria – Creditanstalt, CEE Quarterly 03/2007, Polen; Credit Suisse, Economic Research, European Monetary Union – The Euro's First Steps into the East, Januar 2007.

25 Nicht über die Einführung an sich, da sich Polen dieser nicht entziehen kann. Diesen Sachverhalt hat auch Premier Kaczyński offen anerkannt. J. Kaczyński dla Reutera o przystąpieniu Polski do euro, PAP, 20.06.2007.

26 Überdies würde die Werft bei Nichterfüllung der Brüsseler Auflagen um seit 2004 gezahlte Subventionen kommen. Vgl. Poncyłjusz: rozmowy z KE ws. Stoczni Gdaskiej „bardziej przyjazne“, PAP, 23.08.2007.